

## **Es geht nicht um Wettbewerb, sondern um Chancengleichheit in der Bildung**

DIE LINKE hätte eine Öffnung der Schulbezirke zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht beantragt, weil derzeit noch die Bedingungen fehlen, dass alle Kinder von einer solchen Öffnung gleichermaßen profitieren könnten. Gleichwohl halten wir die freie Schulwahl nicht nur für den gymnasialen Bildungsgang für sinnvoll. Allerdings geht es uns nicht um mehr Wettbewerb zwischen den Schulen, sondern um die Entwicklung eigener pädagogischer Profile, die die Bildungslandschaft bereichern. Heute wählen schon viele Eltern den Kindergarten für ihre Kleinsten nach den besonderen pädagogischen Konzepten aus. Warum sollte das für die Schule nicht gelten, denn auch Schulen sollen eigene pädagogische Programme entwickeln. Darum ist der Wunsch vieler Eltern nach einer Wahlmöglichkeit für die Schule ihrer Kinder nur zu verständlich.

Allerdings gibt es für uns drei Bedingungen, unter denen wir einer Öffnung der Schulbezirke zustimmen werden. Zum Ersten darf die Entscheidung einer kleinen Gruppe von Eltern nicht zur Gefährdung eines ganzen Schulstandortes führen. Das ist aber nur zu sichern, wenn die Landesregierung ihre immer noch ziemlich starren Vorgaben für die Genehmigung von Schulen aufgibt. Derzeit müssen an Sekundarschulen mindestens 240 Schülerinnen und Schüler lernen und nur an zwei Standorten im Stadtgebiet dürfen wir davon nach unten abweichen. Unsere Sekundarschulen im Stadtgebiet haben aber teilweise nur wenig mehr als diese Mindestschülerzahl. Bei der Entscheidung nur einer Hand voll Eltern gegen einen solchen Standort müssten auch die anderen 235 Schülerinnen und Schüler auf andere Schulen aufgeteilt werden, ohne eine Wahl zu haben. Zum Zweiten sollen Schülerinnen und Schüler, die im engeren Einzugsbereich wohnen nach dem Grundsatz „kurze Beine - kurze Wege“ einen Vorrang für die Wahl der nähergelegenen Schule haben. Zum Dritten muss die freie Schulwahl für jede und jeden auch möglich sein und nicht für jene Familien, die die Schülerbeförderung aus eigener Tasche zahlen können. Darum muss für alle Schülerinnen und Schüler gewährleistet werden, dass wie schon für die Gymnasien die Schülerbeförderung zu den gleichen Konditionen erstattet wird.

Sind diese drei Bedingungen erfüllt, kann die Öffnung der Schulbezirke zu einer Bereicherung der Bildungslandschaft in der Stadt Magdeburg führen. Wenn nur eine der drei Bedingungen nicht gesichert werden kann, führt das entweder zu sozialer Ungerechtigkeit oder zum Verlust weiterer Schulstandorte mindestens im Bereich der Sekundarschulen. Um dies zu verhindern, haben wir einen Änderungsantrag zum fraktionsübergreifenden Antrag gestellt.

Rosemarie Hein  
Magdeburg, den 21.07.2011